Afrika Kamerun vor dem Bürgerkrieg?

Im Kampf um den Westen geraten anglo- und frankophone Bewohner gewaltsam aneinander.

19.06.2018 13:42 Uhr



Von Johannes Dieterich



Soldaten kontrollieren die Stadt Buea im Südwesten Kameruns. Foto: afp Anzeige

Eine Frau liegt bäuchlings in einer Rinne aus Schlamm, die von Fahrzeugen in den matschigen Feldweg gegraben wurde: "Weiter!" brüllt ein neben ihr stehender Gendarm in Uniform. Stöhnend schiebt sich die Frau noch ein paar Zentimeter vorwärts, um alsbald erneut ins Schlammwasser zu sinken: "Weiter!" wiederholt der Bereitschaftspolizist die Qual.

Die mit einem Handy gefilmte Szene spielt sich vor einer Gendarmerie-Kaserne in Kameruns Südwesten ab. Das Verbrechen der Frau: Sie spricht Englisch statt Französisch und gehört zu einer 20-prozentigen Minderheit der kamerunischen Bevölkerung, die sich seit Jahrzehnten zunehmend an den Rand der Gesellschaft gedrängt fühlt. Seit zwei Jahren reißen die Proteste der anglophonen Kameruner im Westen des Landes nicht mehr ab: Erst waren es noch friedliche Demonstrationen, dann flogen die ersten Molotow-Cocktails, inzwischen sprechen Kenner des Landes vom Beginn eines Bürgerkriegs. Ein wachsender Teil der Westkameruner wollen sich vom frankophonen Großteil des zentralafrikanischen Staats mittlerweile ganz abspalten: Von der Republik Ambasonien ist die Rede, die zahlreiche zersplitterte Rebellengruppen notfalls mit Gewalt etablieren wollen, allein in der "Ambazonia Defense Force" (ADF) sollen derzeit rund 1500 Kämpfer unter Waffen stehen.

Der seit 36 Jahren regierende Dauerpräsident Paul Biya begegnet dem Unmut seiner Landeskinder mit eiserner Faust. Hunderte von Menschen kamen in dem immer brutaler geführten Konflikt bereits ums Leben, Tausende wurden verhaftet, Zigtausende mussten aus ihrer Heimat in die Büsche oder ins Nachbarland Nigeria fliehen. In den überfüllten Gefängnissen des Landes sind Häftlinge wie Sardinen in Zellen

gezwängt: Darunter auch Politiker und Intellektuelle, die gegen ihre Marginalisierung auf die Barrikaden stiegen.

Sie schlugen uns mit Gewehren und Gürteln, bis mein Bruder am vierten Tag starb – er war 70 Jahre alt. Ich weiß nicht einmal, ob sie ihn begraben haben, oder wo sein Leichnam ist.

Opfer aus dem Städtchen Dadi über seine Qualen

In einem jüngst veröffentlichten Bericht brandmarkt Amnesty International die Sicherheitskräfte des Landes für ihr brutales Vorgehen: "Sie verletzen die Menschenrechte, wenden unverhältnismäßig harte und widerrechtliche Gewalt an – oft mit tödlichen Folgen." Die Menschenrechtsorganisation lässt in ihrem Report zahlreiche anonymisierte Opfer oder Augenzeugen zu Wort kommen: Sie berichten von willkürlichen Verhaftungen, Folterungen und Hinrichtungen durch Soldaten und Polizisten. "Sie schleppten mich zum Gemeindezentrum, wo ich zusammen mit meinem Bruder drei Tage lang verprügelt wurde", erzählt einer der Opfer aus dem Städtchen Dadi: "Sie schlugen uns mit Gewehren und Gürteln, bis mein Bruder am vierten Tag starb – er war 70 Jahre alt. Ich weiß nicht einmal, ob sie ihn begraben haben, oder wo sein Leichnam ist." Ein Augenzeuge sah, wie Soldaten einen alten, vor seinem Haus sitzenden Mann zum Aufstehen zwangen: "Als er sich schließlich mühsam an seinem Stock aufgerichtet hatte, erschossen sie ihn."

Die Gewalt gehe inzwischen nicht mehr nur von der Staatsmacht aus, heißt es in dem AI-Bericht weiter: Auch die Aufständischen schrecken vor Brandanschlägen, Entführungen und Morden nicht länger zurück. Zum Ziel der Separatisten werden außer Uniformierten auch Dorfälteste, denen Kollaboration mit der Zentralregierung in Yaoundé vorgeworfen wird. Schulen, die sich dem Boykott staatlicher Institutionen widersetzen, werden regelmäßig angezündet: Mehr als vierzig Bildungseinrichtungen sollen innerhalb eines Jahres bereits in Flammen aufgegangen sein. Von Anfang an standen Schulen im Mittelpunkt der Proteste, weil dort einer alten Vereinbarung nach eigentlich auf Englisch unterrichtet werden soll.

Doch die Zentralregierung in Yaoundé sandte immer mehr frankophone Lehrer in die beiden anglophonen Provinzen – genauso, wie sie immer mehr nur französisch sprechende Richter und Staatsanwälte in den Westen des Landes beorderte, die mit dem hier geltenden britischen Common Law nichts anzufangen wussten. Die anglophonen Kameruner kamen sich zunehmend als Fremde im eigenen Land vor. Die Ursprünge des blutigen Sprachenstreits reichen bis in die Kolonialzeit zurück. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die deutsche Kolonie Kamerun unter der französischen und britischen Kolonialmacht aufgeteilt: Der Großteil des Landes ging ans französische Äquatorialafrika, der Rest wurde als "British Cameroon" vom benachbarten Nigeria aus verwaltet.

Ein Jahr nach der Unabhängigkeit des frankophonen Kameruns votierten die anglophonen Westkameruner 1961 für die Wiedervereinigung: Allerdings unter der Voraussetzung einer "Föderation" und einer Gleichbehandlung der kolonialen Sprachen. Elf Jahre später löste der damalige Präsident Ahmadou Ahidjo die Föderation allerdings zugunsten eines Zentralstaats einseitig auf: Englisch gilt zwar noch heute offiziell als gleichberechtigte Sprache, doch die Wirklichkeit sieht anders aus.